

LUCIA HOFMARKSRICHTER

Rechtsschutz bei überlangen
Gerichtsverfahren
im Lichte der Vorgaben des
EGMR

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht
134*

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht
Band 134

herausgegeben von
Rolf Stürner



Lucia Hofmarksrichter

Rechtsschutz bei
überlangen Gerichtsverfahren
im Lichte der Vorgaben
des EGMR

Mohr Siebeck

Lucia Hofmarksrichter, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaften in München; Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht München; 2011 Zweites Staatsexamen; Rechtsanwältin im Bereich Prozessführung und Schiedsverfahren in München.

e-ISBN PDF 978-3-16-154988-5

ISBN 978-3-16-154835-2

ISSN 0722-7574 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Für Georg

*Une circonstance essentielle à la justice,
c'est de la faire promptement et sans diffère;
la faire attendre, c'est injuste.*
Jean de La Bruyère

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2015/2016 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Dezember 2015 abgeschlossen und im Juni 2016 um Hinweise auf aktuelle Rechtsprechung und Literatur ergänzt.

Mein besonderer Dank gilt meinem hochgeschätzten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Herbert Roth, der mein Interesse an der vorliegenden Arbeit von Anfang an unterstützt und stets gefördert hat. Ohne seine ausgezeichnete Betreuung und die wertvollen und hilfreichen Anregungen wäre mir die Erstellung der Dissertation nicht möglich gewesen. Mein Dank gilt außerdem Herrn Prof. Dr. Christoph Althammer für die Erstellung des Zweitgutachtens. Die mündliche Prüfung fand am 7. Juni 2016 in Regensburg unter Vorsitz von Herrn Prof. Dr. Carsten Herresthal, LL.M. (Duke) statt, dem ich an dieser Stelle gleichermaßen danken möchte.

Für ihre Fürsorge und Unterstützung danke ich meiner Familie, ganz besonders danke ich meinem Patenonkel Georg Denoke für seine außergewöhnliche Unterstützung während der gesamten Zeit der Erstellung der Arbeit sowie allen Freunden, die durch Zuspruch und moralische Unterstützung diese Arbeit bereichert haben, an erster Stelle Katharina, Isabella und Max.

Größter Dank gebührt Frau Akad. Rätin Dr. Victoria Ibold, Frau RAin Dr. Carla Auer-Thies, Frau Notarin Dagmar Kerler, Herrn PD Dr. Martin Fries, LL.M. (Stanford) und Herrn Prof. Dr. Christian Gomille, von deren stetiger Bereitschaft zum juristischen Diskurs und weiterführenden Hinweisen die Arbeit an vielen Stellen profitiert.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle aufrichtig Herrn RA Prof. Dr. Holger Peres danken, dessen Disziplin, wissenschaftliches Wirken und juristische Präzision mir bei Erstellung dieser Arbeit stets ein Vorbild waren und weiterhin sind.

München, den 25. Juli 2016

Lucia Hofmarksrichter

Inhaltsverzeichnis

Gang der Untersuchung.	XXIII
--------------------------------	-------

Teil I Grundlagen

1. Kapitel: Überlange Dauer von Zivilverfahren: Situation in Deutschland und systemisches Problem für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention . . .	3
A. <i>Bedeutung der angemessenen Verfahrensdauer von Zivilprozessen für effektiven Rechtsschutz</i>	3
I. Die Angemessenheit der Verfahrensdauer als Indiz für effektive Justizsysteme	3
II. Konventions- und verfassungsrechtliche Grundlagen des Rechts auf angemessene Verfahrensdauer – Interessenkonflikte – einfach- gesetzliche Ausprägungen	4
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	4
2. Konventionsrechtliche Grundlage (EMRK)	5
3. Interessenkonflikte	6
4. Einfachgesetzliche Ausprägungen des Rechts auf angemessene Verfahrensdauer	7
B. <i>Überblick über die Neuregelung nach §§ 198 ff. GVG: Zweigeteilter Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer (Verzögerungsrüge und Entschädigungsanspruch)</i>	8
C. <i>Die statistische Verfahrensdauer von Zivilprozessen – Ursachen und Folgen überlanger Verfahrensdauer</i>	9
I. Die Destatis-Rechtspflegestatistik	10
1. Bundesdurchschnitt	10
2. Die Länderstatistik	10
3. Bewertung	10
II. Das Justizbarometer (EU Justice Scoreboard) und der Bericht der European Commission for the Efficiency of Justice (CEPEJ)	11
III. Die Statistiken des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	11
IV. Ursachen und Folgen überlanger Verfahrensdauer	12
1. Ursachen	12

2. Folgen	12
D. <i>Beispielfälle</i>	13
I. Die Entscheidung des EGMR in der Sache Norbert Kind/ Deutschland vom 20.02.2003	13
1. Sachverhalt	13
a) Verfahren vor dem Landgericht	14
b) Verfahren vor dem Oberlandesgericht	14
c) Verfahren vor dem Bundesgerichtshof/ Bundesverfassungsgericht	14
2. Entscheidungsgründe	15
a) Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK	15
b) Anwendung von Art. 41 EMRK	16
II. Die Entscheidung des EGMR in der Sache Sürmeli/ Deutschland vom 08.06.2006	16
1. Sachverhalt	16
2. Entscheidungsgründe	17
a) Verletzung von Art. 13 EMRK	17
b) Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK	18
c) Anwendung von Art. 41 EMRK	19
III. Die Entscheidung des EGMR in der Sache Grässer/ Deutschland vom 05.10.2006	19
1. Sachverhalt	19
a) Erstes Verfahren	20
b) Erste Neuverhandlung vor dem Oberlandesgericht	20
c) Zweite Neuverhandlung vor dem Oberlandesgericht	20
d) Dritte Neuverhandlung	20
e) Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	21
2. Entscheidungsgründe	21
a) Maßgeblicher Zeitraum	21
b) Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK	21
c) Anwendung von Art. 41 EMRK	22
IV. Die Entscheidung des EGMR in der Sache Wildgruber/ Deutschland vom 21.01.2010	22
1. Sachverhalt	22
a) Erster Verfahrensabschnitt vor dem Amtsgericht	22
b) Zweiter Verfahrensabschnitt vor dem Amtsgericht	23
c) Dritter Verfahrensabschnitt vor dem Amtsgericht	23
d) Verfahren vor dem Oberlandesgericht	24
e) Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	24
2. Entscheidungsgründe	24
a) Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK	24
b) Verletzung von Art. 13 EMRK	25
c) Anwendung von Art. 41 EMRK	25
V. Die Entscheidung des EGMR in der Sache Grumann/ Deutschland vom 21.10.2010	26

1. Sachverhalt	26
a) Verfahren vor dem Landgericht	26
b) Verfahren vor dem Oberlandesgericht und vor dem Bundesgerichtshof	26
2. Entscheidungsgründe	27
a) Behauptete Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK	27
b) Anwendung von Art. 41 EMRK	27
E. Zusammenfassung	28
 2. Kapitel: Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als Anlass für die Einführung der §§ 198 ff. GVG . . .	 29
 A. <i>Historie des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichts- verfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (ÜGRG)</i>	 29
B. <i>Reaktion des Gesetzgebers auf die Entscheidung des EGMR in der Sache Kudla/Polen: Der Referentenentwurf vom 22.08.2005 – Untätigkeitsbeschwerdengesetz</i>	 31
I. Regelungsziel und Inhalt des Referentenentwurfs vom 22.08.2005 . .	31
II. Stellungnahmen zum Referentenentwurf vom 22.08.2005	33
C. <i>Reaktion des Gesetzgebers auf die Entscheidung des EGMR in der Sache Sürmeli/Deutschland: Der Referentenentwurf vom 15.03.2010</i>	 34
I. Regelungsziel und Inhalt des Referentenentwurfs vom 15.03.2010 . .	34
II. Stellungnahmen zum Referentenentwurf vom 15.03.2010	35
1. Stellungnahme des BGH	35
2. Stellungnahmen der Bayerischen Landesjustizverwaltung	35
3. Stellungnahmen der Verbände (Deutscher Richterbund, Deutscher Anwaltsverein, Bundesrechtsanwaltskammer)	36
D. <i>Reaktion des Gesetzgebers auf die Entscheidung des EGMR in der Sache Rumpff/Deutschland: Der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 17.11.2010 und das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (ÜGRG) vom 24.11.2011</i>	 37
I. Allgemeine Begründung des Gesetzentwurfs: Umsetzung der Vorgaben des EGMR/Lösung der Interessenkonflikte durch den Gesetzgeber	 37
II. Inhaltliche Änderungen des Gesetzentwurfs vom 17.11.2010	39
1. Entschädigungsvoraussetzungen	39
2. Entschädigungsrechtsfolgen	39
3. Entschädigungsverfahren	39
4. Anwendungsbereich	41
5. Kostenregelung	41
III. Stellungnahmen des Bundesrates – Entgegnung der Bundesregierung	 42
1. Stellungnahmen des Bundesrates	42

a) Umfang der Entschädigung (Nr. 2)	42
b) Systematik des deutschen Schadensersatzrechts – Beweislastumkehr für immaterielle Nachteile (Nr. 4)	43
c) Prozessuales – Entschädigungsklage	43
d) Zum Gesetzentwurf im Allgemeinen: Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR (Nr. 18)	43
2. Entgegnung der Bundesregierung	44
a) Umfang der Entschädigung	44
b) Systematik des deutschen Schadensersatzrechts – Beweislastumkehr für immaterielle Nachteile	44
c) Prozessuales/Entschädigungsklage	45
aa) Parallelität von Ausgangs- und Entschädigungs- verfahren (Nr. 6)	45
bb) Überlange Entschädigungsverfahren (Nr. 9)	46
d) Zum Gesetzentwurf im Allgemeinen: Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR (Nr. 18)	46
IV. Lesungen im Bundestag, Öffentliche Anhörung, Beschluss- empfehlung und Bericht des Rechtsausschusses vom 28.09.2011	47
1. Erste Beratung im Bundestag	47
2. Rechtsausschuss	47
V. Das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichts- verfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (ÜGRG) vom 24.11.2011	49
E. Zusammenfassung	49

Teil II

Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer von Zivilprozessen nach §§ 198 ff. GVG

3. Kapitel: Die Anspruchsvoraussetzungen des Entschädigungs- anspruchs bei überlanger Verfahrensdauer nach §§ 198 ff. GVG	53
A. Die Anspruchsvoraussetzungen	53
I. Anspruchsberechtigung nach § 198 Abs. 6 Nr. 2 GVG und Haftungsschuldner nach § 200 GVG	53
1. Aktivlegitimation, § 198 Abs. 6 Nr. 2 GVG	53
2. Passivlegitimation, § 200 GVG	54
3. Zwischenergebnis	55
II. Der Begriff des Gerichtsverfahrens	55
1. Ordentliche Gerichtsbarkeit in Zivilsachen/Schiedsgerichts- barkeit	55
2. „Gerichtsverfahren“ nach § 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG	56
a) In sachlicher Hinsicht	56
b) In zeitlicher Hinsicht	58

III. Überlange Verfahrensdauer	58
1. Methodik zur Bestimmung der Angemessenheit der Verfahrensdauer	58
a) Keine Fristenlösung	58
b) Gesamtabwägung im Einzelfall	60
2. Beurteilungszeitraum	60
3. Die Kriterien zur Überprüfung der Angemessenheit der Verfahrensdauer im Sinne von § 198 Abs. 1 S. 1 GVG	61
a) Die Angemessenheitskriterien nach § 198 Abs. 1 S. 2 GVG	61
aa) Schwierigkeit des Verfahrens	61
bb) Bedeutung des Verfahrens	62
cc) Verhalten Verfahrensbeteiligter und Dritter	64
(1) Verhalten der Verfahrensbeteiligten	64
(2) Verhalten Dritter	65
(3) Abgrenzung nach Risikosphären	66
b) Verfahrensführung durch das Gericht	67
aa) Gestaltungsspielraum der Gerichte: Abwägung mit den Kriterien aus § 198 Abs. 1 S. 2 GVG	67
bb) Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit, Art. 97 Abs. 1 GG	68
cc) Parallele zum Amtshaftungsprozess: Spannungsverhältnis zwischen richterlicher Unabhängigkeit und dem Gebot effektiven Rechtsschutzes	69
dd) Verschulden ist keine Voraussetzung	70
4. Zwischenergebnis	71
IV. Kausaler Nachteil	72
1. Der Begriff des Nachteils im Sinne von § 198 Abs. 1 S. 1 GVG	72
2. Materieller Nachteil/Kausalität	73
a) Materielle Nachteile	73
b) Kausalität	74
3. Immaterieller Nachteil/Vermutung der Kausalität, § 198 Abs. 2 S. 1 GVG	75
a) Immaterielle Nachteile	75
b) Widerlegbare Vermutung der Kausalität, § 198 Abs. 2 S. 1 GVG	75
V. Erhobene Verzögerungsrüge nach § 198 Abs. 3 GVG	77
1. Rügeobliegenheit mit doppeltem Zweck: Prävention und Missbrauchsabwehr	77
a) Obliegenheit zur Erhebung der Verzögerungsrüge im Ausgangsverfahren	77
b) Doppelter Rügezweck	78
aa) Präventiveffekt	78
bb) Missbrauchsabwehr	79
2. Rechtsnatur der Verzögerungsrüge	79
a) Relevanz	79

b) Kein Rechtsmittel mangels Devolutiv- und Suspensiveffekt der Verzögerungsrüge	79
b) Kein Rechtsbehelf mangels Beschwerdemöglichkeit und Entscheidungspflicht des Gerichts	80
c) Die Verzögerungsrüge als Prozesshandlung	81
aa) Der Begriff der Prozesshandlung	81
bb) Die Prozesshandlungsqualität der Verzögerungsrüge	82
cc) Wirksamkeitsvoraussetzungen der Verzögerungsrüge als Prozesshandlung	82
d) Zwischenergebnis	83
3. Rügeerhebung beim Ausgangsgericht, § 198 Abs. 3 S. 1 GVG	83
a) Rügeberechtigung, § 198 Abs. 3 S. 1 GVG	83
b) Rügezeitpunkt, § 198 Abs. 3 S. 2 GVG	84
aa) Relevanz	84
bb) Keine Rügefrist	84
bb) Frühester Rügezeitpunkt, § 198 Abs. 3 S. 2 GVG	84
(1) „Anlass zur Besorgnis“, § 198 Abs. 3 S. 2 GVG (1)	84
(a) Begriff der Besorgnis	85
(b) Begriff des Anlasses	85
(2) Konkrete Betrachtungsweise	86
cc) Die verfrühte Rüge	86
dd) Spätester Rügezeitpunkt, § 198 Abs. 3 S. 2, HS. 1 GVG	87
(1) Keine gesetzliche Regelung	87
(2) Keine Rechtsfolge bei verspäteter Rüge	87
ee) Der richtige Rügezeitpunkt	88
c) Sperrfrist gegen Kettenrügen, § 198 Abs. 3 S. 2 GVG	88
d) Wiederholung der Rüge, § 198 Abs. 3 S. 5 GVG	88
e) Inhalt der Rügeschrift, § 198 Abs. 3 S. 1, S. 3 GVG	89
4. Eigene Bewertung der Verzögerungsrüge	89
B. Zusammenfassung	90
4. Kapitel: Die Rechtsfolgen und die Durchsetzung des Entschädigungs- anspruchs – Staatshaftungsrechtliche Einordnung der §§ 198 ff. GVG – Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	92
A. Rechtsfolge des Entschädigungsanspruchs nach § 198 Abs. 1 GVG: „Angemessene“ Entschädigung	92
I. Angemessene Entschädigung für materielle Nachteile	92
1. Relevanz	92
2. Höhe der Entschädigung	92
2. Ersatzfähigkeit des entgangenen Gewinns?	93
II. Angemessene Entschädigung für immaterielle Nachteile	94
1. Wiedergutmachung auf andere Weise nach § 198 Abs. 2, Abs. 4 GVG	94
2. Höhe der Entschädigung immaterieller Nachteile, § 198 Abs. 2 S. 3, 4 GVG	95

B. Darlegungs- und Beweislast	96
C. Gerichtliche Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs nach §§ 198–202 GVG	99
I. Relevanz	99
II. Zuständiges Gericht, § 201 Abs. 1 GVG	99
1. Sachliche Zuständigkeit	99
2. Örtliche Zuständigkeit	100
3. Ausschließlichkeit der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit, § 201 Abs. 1 S. 3 GVG	100
4. Funktionale Zuständigkeit, § 201 Abs. 2 S. 2 GVG	100
II. Klagezeitpunkt/Mindest-(Warte-)Frist nach § 198 Abs. 5 GVG	101
III. Form	102
1. Klageantrag/Unzulässigkeit der Feststellungsklage	102
2. Inhalt der Klageschrift	102
IV. Verfahren	102
1. Anzuwendende Verfahrensvorschriften	102
2. Aussetzung des Verfahrens, § 201 Abs. 3 S. 1 GVG	103
V. Kosten nach §§ 201 Abs. 2 S. 1, Abs. 3, Abs. 4 GVG	104
VI. Rechtsmittel, § 201 Abs. 2 S. 3 GVG	104
D. (Staats-)Haftungsrechtliche Einordnung der §§ 198 ff. GVG	105
I. Relevanz	105
II. Grundsätze des deutschen (Staats-)Haftungsrechts	105
1. Differenzierung zwischen Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen	105
a) Schadensersatz nach §§ 249 ff. BGB	105
aa) Grundprinzipien/Schadensermittlung	105
bb) Umfang/Arten der Ersatzleistung	106
cc) Schadensersatz als staatshaftungsrechtliche Rechtsfolge	107
b) Entschädigung	107
aa) Gesetzliche Grundlage und Umfang der Entschädigung	107
bb) Entschädigung als staatshaftungsrechtliche Rechtsfolge	107
2. Kein „Dulde und Liquidiere“/Vorrang des Primärrechts- schutzes	108
II. Die §§ 198 ff. GVG als staatshaftungsrechtlicher Anspruch sui generis	108
E. Verhältnis der §§ 198 ff. GVG zu anderen Rechtsbehelfen	110
I. Relevanz	110
II. Anspruchskonkurrenz zum Staatshaftungsanspruch nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	110
III. Unzulässigkeit der außerordentlichen Beschwerde, § 567 ZPO	111
IV. Verhältnis zur Dienstaufsichtsbeschwerde, § 26 Abs. 2 DRiG	113
V. Unzulässigkeit der (Untätigkeits-)Verfassungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, vor Durchführung des Entschädigungs- verfahrens nach §§ 198 ff. GVG	113
VI. Individualbeschwerde beim EGMR nach Art. 35 EMRK	113
F. Zusammenfassung	114

Teil III

Effektivität der §§ 198 ff. GVG nach den Vorgaben des EGMR
für Rechtsschutzsysteme bei überlanger Verfahrensdauer?

5. Kapitel: Das Recht auf eine angemessene Verfahrensdauer nach Art. 6 Abs. 1 EMRK	117
A. <i>Vorfragen</i>	117
I. Bedeutung der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR für das deutsche Zivilverfahrensrecht	117
1. Die EMRK in der deutschen Normenhierarchie	117
2. Rechtswirkungen der Entscheidungen des EGMR	119
a) Innerstaatliche Wirkungen der Rechtsprechung des EGMR	119
b) Konventionskonforme Auslegung des Entschädigungs- anspruchs nach § 198 GVG?	121
aa) Auslegungsfragen	121
bb) Auslegungsmethodik	122
(1) Auslegungsziel	122
(2) Auslegungskriterien	123
c) Wirkung der Rechtsprechung des EGMR aus konventionsrechtlicher Sicht	124
aa) Inhalt des Urteils	124
bb) Wirkung des Urteils im konkreten Fall	126
cc) Urteilswirkung im Übrigen	128
II. Zwischenergebnis	128
B. <i>Schutzbereich des Rechts auf angemessene Verfahrensdauer</i> <i>nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK</i>	129
I. Normtextliche Grundlagen	129
1. Das Sprachenregime der EMRK/Auslegung der EMRK	129
2. Textfassungen/Übersetzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK	130
II. Anwendungsbereich von Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK	130
1. Sachlicher Anwendungsbereich	130
a) Autonome Konventionsauslegung durch den EGMR	130
b) „Zivilrechtlicher Anspruch und Verpflichtung“ („civil rights and obligations“)	131
aa) „Zivilrechtliche“ Qualifikation des Anspruchs	131
bb) Entscheidung über einen „Anspruch“ („determination of rights“)	134
cc) „Streitigkeit“ über ein Recht	134
2. Persönlicher Anwendungsbereich	134
II. Bestimmung des zu berücksichtigenden Zeitraums	135
1. Beginn des zu berücksichtigenden Zeitraums	135
2. Ende des zu berücksichtigenden Zeitraums	136
3. Berücksichtigung einer Verfassungsbeschwerde	137
III. Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer	138

1. Methodik des EGMR	138
2. Kriterien des EGMR	139
a) Komplexität der Sache („complexity of the case“)	139
aa) Allgemeines	139
bb) Rechtliche Schwierigkeiten	140
cc) Tatsächliche Schwierigkeiten	140
b) Verhalten des Beschwerdeführers („conduct of the applicant“)/Pflichten aufgrund des Beibringungsgrundsatzes in Zivilverfahren	140
c) Verhalten der Behörden und Gerichte („conduct of the authorities“)	141
aa) Verfahrensführung durch das Gericht	141
bb) Gerichtsorganisation	142
d) Bedeutung der Sache für den Beschwerdeführer („what was at stake for the applicant“): Fallgruppen in der Rechtsprechung des EGMR	143
aa) Familienrecht im Allgemeinen	143
bb) Verletzung höchstpersönlicher Rechtsgüter/deliktische Schadensersatzansprüche	144
cc) Bedrohung der Existenzgrundlage	144
dd) Hohes Alter des Beschwerdeführers	144
3. Zwischenergebnis	144
C. „Gerechte“ Entschädigung nach Art. 41 EMRK	145
I. Feststellung der Konventionsverletzung – Unvollkommene Wiedergutmachung nach dem nationalen Recht – Rechtsnatur des Anspruchs	145
II. Feststellung der Konventionsverletzung als hinreichende Wiedergutmachung	145
III. Entschädigung für materielle und immaterielle Schäden	146
1. Materielle Nachteile	146
2. Immaterielle Nachteile	146
IV. Kosten und Auslagen	147
D. Vereinbarkeit der §§ 198 ff. GVG mit den Vorgaben aus Art. 6 Abs. 1. EMRK	147
E. Zusammenfassung	148
6. Kapitel: Das Recht auf einen effektiven innerstaatlichen Rechtsbehelf bei überlanger Verfahrensdauer nach Art. 13 EMRK	149
A. Normtextliche Grundlagen und besondere Bedeutung von Art. 13 EMRK im innerstaatlichen Bereich – Verhältnis von Art. 6 Abs. 1 und Art. 13 EMRK	149
I. Konventionstext	149
II. Allgemeines zu Art. 13 EMRK	149
II. Verhältnis von Art. 13 EMRK und Art. 6 Abs. 1 EMRK	150

1.	Spezialitätsverhältnis/Absorption der Rechte aus Art. 13 EMRK	150
2.	Rechtsprechungsänderung durch die Entscheidung Kudla/Polen	151
3.	Nebeneinander von Art. 6 Abs. 1 EMR und Art. 13 EMRK	151
B.	<i>Die Wirksamkeit innerstaatlicher Rechtsbehelfe bei überlanger Verfahrensdauer nach Art. 13 EMRK</i>	153
I.	Autonome Auslegung des Begriffs „Beschwerde“ durch den EGMR	153
II.	Gestaltungsmöglichkeiten für wirksame Rechtsbehelfe	154
1.	Präventiv- und Kompensationsrechtsbehelfe und Kombinationsmodelle	154
2.	Regelungsmodelle des EGMR für einen wirksamen Rechtsbehelf bei überlanger Verfahrensdauer	156
a)	Präventive Rechtsbehelfe	156
aa)	Merkmale	156
bb)	Österreich als Beispiel für ein rein präventives Rechtsschutzsystem	156
(1)	Die österreichische Regelung in § 91 GOG	156
(2)	Beurteilung durch den EGMR/Statistische Erhebungen/ Kritik in der Literatur	158
b)	Repressive Rechtsbehelfe	159
aa)	Merkmale	159
bb)	Beispiele für rein repressive Rechtsschutzsysteme	159
(1)	Frankreich	159
(a)	Die französische Regelung in Art. L. 781–1 Gerichtsverfassungsgesetz/Rechtsprechung des Conseil d’Etat (CE)	159
(b)	Beurteilung durch den EGMR/Literatur	161
(2)	Italien	161
(a)	Das italienische Pinto-Gesetz	161
(b)	Beurteilung des EGMR seit der angepassten Umsetzung des Pinto-Gesetzes/Literatur/ Der Bericht des Ministerkomitee	163
c)	Kombinationsrechtsbehelfe	164
aa)	Merkmale	164
bb)	Spanien als Beispiel für ein kombiniertes Rechtsschutzsystem	165
(1)	Die gesetzlichen Regelungen in Spanien	165
(2)	Beurteilung durch den EGMR	166
3.	Zwischenergebnis	166
C.	<i>Bewertung der Effektivität von innerstaatlichen Rechtsschutzsystemen bei überlanger Verfahrensdauer anhand des Prüfprogramms des EGMR („Verifying remedy effectiveness“)</i>	167
I.	Die Grundkriterien des EGMR zur Prüfung der Effektivität	167
1.	Definition der überlangen Verfahrensdauer im Sinne von Art. 6 Abs. 1 EMRK	167
2.	Frist für die Einlegung des Rechtsbehelfs	168
3.	Dauer des Rechtsbehelfsverfahrens	169
4.	Kosten des Rechtsbehelfsverfahrens	170

5. Rechtsmittel im Rechtsbehelfsverfahren	170
II. Besondere Effektivitätsvorgaben für kompensatorische Rechtsbehelfe .	171
1. Einleitung und Durchführung des Rechtsbehelfsverfahrens während des noch laufenden Ausgangsverfahrens.	171
2. Grund, Umfang und Höhe der Entschädigung/Schadensnachweis	171
3. Dauer des Entschädigungsverfahrens und der Auszahlung der Entschädigungssummen	172
III. Besondere Effektivitätsvorgaben für präventive Rechtsbehelfe	173
1. Bindungswirkung der Beschleunigungsmaßnahme	173
2. Zügigkeit des Rechtsbehelfsverfahrens	173
IV. Besondere Effektivitätsvorgaben für Kombinationsrechtsbehelfe?	174
D. Die Vereinbarkeit der §§ 198 ff. GVG mit den (Effektivitäts-)Vorgaben des EGMR	174
I. Einordnung und Effektivitätsüberprüfung der §§ 198 ff. GVG nach der Regelungsmodelltechnik des EGMR	174
1. Meinungsstand im Gesetzgebungsverfahren	174
2. Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	175
3. Die Rechtsprechung des EGMR nach Einführung der §§ 198 ff. GVG	175
a) Die Rechtssache Taron/Deutschland: Beurteilung der Effektivität anhand der zukünftigen innerstaatlichen Rechtsprechungspraxis	175
b) Das Urteil des EGMR in der Rechtssache Kuppinger/Deutschland	177
II. Eigene Ansicht	178
1. Die §§ 198 ff. GVG als Kompensationsrechtsbehelf	178
2. Umsetzung der Effektivitätsvorgaben	178
a) Die Grundkriterien	178
b) Vorgaben für Kompensationsrechtsbehelfe	179
c) Vorgaben an die Prävention	180
E. Zusammenfassung	181
 7. Kapitel: Entwurf eines Gesetz zur Regelung der überlangen Verfahrensdauer nach den Effektivitätskriterien des EGMR	 182
A. Allgemeine Bemerkung	182
B. Gesetzesvorschlag	185
 Zusammenfassung der Arbeit in Thesen	 188
 Literaturverzeichnis	 193
 Sachregister	 211

Gang der Untersuchung

Die Arbeit untersucht die Vorgaben des „*Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)/European Court of Human Rights (ECtHR)/Cour européenne des droits de l'homme (CEDH)*“ für einen wirksamen Rechtsbehelf bei überlanger Verfahrensdauer in Zivilprozessen. Sie behandelt nur zivilprozessuale Verfahren im Sinne der deutschen Terminologie der Zivilprozessordnung (ZPO) und des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) sowie die Anforderungen der Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auf Rechtsschutz in angemessener Frist nach Art. 6 Abs. 1 EMRK („*reasonable time requirement*“) und einen wirksamen Rechtsbehelf nach Art. 13 EMRK („*right to an effective remedy*“).

In Deutschland ist am 03.12.2011 das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (ÜGRG)¹ in Kraft getreten, das durch die Einführung der §§ 198 ff. GVG den 17. Titel des GVG wieder aufnimmt. Bei überlanger Verfahrensdauer hat der Betroffene einen Entschädigungsanspruch gegen den Staat, § 198 Abs. 1 S. 1 GVG. Dies geschah zur Umsetzung der Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), der in der vormaligen deutschen Rechtslage einen Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 EMRK und Art. 13 EMRK gesehen hatte.²

Ziel der Arbeit ist es, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Art. 6 Abs. 1 und Art. 13 EMRK – soweit sie Sachverhalte betrifft, die nach deutschem Recht einer zivilrechtlichen Entscheidung der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterlagen und aus diesem Grund für das Bürgerliche Recht relevant sind – im Hinblick auf die Effektivitätsvorgaben des EGMR transparenter zu machen. Beispielsfälle zeigen, inwieweit sie für die Anwendung und Auslegung der §§ 198 ff. GVG nützlich und notwendig ist. Dies betrifft insbesondere die Frage, wann ein Rechtsbehelf, mit dem die Überlänge des Verfahrens geltend gemacht werden kann, „*wirksam*“ (Art. 13 EMRK) im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention ist. Notwendig ist dies,

¹ BGBl. 2011 I, S. 2302 ff.

² EGMR, Urt. v. 02.09.2010, 46344/06 – *Rumpf/Deutschland*, NJW 2010, 3355; Urt. v. 08.06.2006, 75529/01 – *Sürmeli/Deutschland*, NJW 2006, 2389; *Althammer*, JZ 2011, 446 ff.

weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die effektive innerstaatliche Umsetzung seiner Rechtsbehelfsvorgaben nachträglich überprüft.³

Auf normenhierarchischer Ebene⁴ stellen sich beim Zusammenspiel von Europäischer Menschenrechtskonvention (EMRK) und deutschem Zivilprozessrecht folgende Ausgangsfragen, die an den §§ 198 ff. GVG lediglich exemplarisch überprüft werden können: Welche Bedeutung hat die Europäische Menschenrechtskonvention und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für das deutsche Zivilprozessrecht und die deutschen Zivilgerichte? Sind die Gerichte an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gebunden, wenn sie die §§ 198 ff. GVG anwenden? Oder sind die Urteile des Europäischen Gerichtshofs lediglich eine „*Auslegungshilfe*“? In diesem Sinne hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die EMRK innerstaatlich im Rang unter dem Grundgesetz ansiedelt, wobei es die besondere Bedeutung der Menschenrechte durch eine völkerrechtsfreundliche Auslegung umsetzt, indem es die Konvention und die Urteile des EGMR als „*Auslegungshilfe*“ für die Inhaltsbestimmung der betroffenen Grundrechte und Grundrechtsprinzipien heranzieht.⁵

Der erste Teil der Untersuchung gibt einen rechtspolitischen Überblick über das Problem überlanger Zivilprozesse und ordnet das Recht auf angemessene Verfahrensdauer rechtssystematisch innerhalb der übrigen Prozessmaximen verfassungs- und konventionsrechtlich ein. Weiter beleuchtet er die prozessualen Interessenkonflikte, die sich aus dem Verhältnis des Rechts auf eine angemessene Verfahrensdauer zu den übrigen Verfahrensgrundsätzen ergeben. Daneben wird das Problem überlanger Zivilverfahren rechtstatsächlich durch Auswertung verschiedener statistischer Erhebungen zur Verfahrensdauer eingeordnet sowie seine Ursachen und Folgen dargestellt. Das erste Kapitel schließt mit fünf Beispielfällen aus der Rechtsprechung des EGMR zu überlangen Zivilprozessen. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Gesetzeshistorie der §§ 198 ff. GVG.

Der zweite Teil der Arbeit untersucht den Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer im Zivilrecht nach §§ 198 ff. GVG. Die Voraussetzungen des Entschädigungsanspruches nach § 198 Abs. 1 GVG werden in Kapitel 3 erläutert. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Angemessenheitsprüfung der Verfahrensdauer, die an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte angepasst wurde und zu deren Methodik seit Einführung der §§ 198 ff. GVG bereits eine beachtliche Zahl an gerichtlichen Entscheidungen ergangen ist. Es folgt eine rechtssystematische Einordnung der Verzögerungsrüge nach § 198 Abs. 3 GVG. Deren Rechtsnatur und Ausgestaltung ist bedeut-

³ EGMR, Urt. v. 29.05.12, 53126/07 – *Taron/Deutschland*, EuGRZ 2012, 514.

⁴ *Bäcker*, Mehrebenensystem, S. 339.

⁵ BVerfGE 128, 326, 367 ff.; 111, 307, 316 ff.